

M A R T F E L D E R SCHLOSSGESPRÄCHE

Professor Dr. Hans-Ulrich Wehler:

Zerstörung der EU durch den Türkei-Beitritt

Schriftenreihe der
Senioren Union NRW Nr. 9

**Senioren
Union** 
CDU

www.senioren-union-nrw.de

M A R T F E L D E R SCHLOSSGESPRÄCHE

Professor Dr. Hans-Ulrich Wehler:

Zerstörung der EU durch den Türkei-Beitritt

Schriftenreihe der
Senioren Union NRW Nr. 9

**Senioren
Union** 
CDU

www.senioren-union-nrw.de

Herausgeber

Senioren Union der CDU Nordrhein-Westfalen · Heinz Soth · Landesgeschäftsführer
Wasserstraße 5 · 40213 Düsseldorf · Telefon (02 11) 1 36 00-0 · Telefax (02 11) 1 36 00-54
Internet: www.senioren-union-nrw.de · E-Mail: senioren@senioren-union-nrw.de

Herstellung und Verlag

Satz-Repro-Druck · G. Neumann GmbH · Karlstraße 18 · 45739 Oer-Erkenschwick
Telefon (0 23 68) 98 59-0 · Telefax (0 23 68) 98 59-20
ISDN.DFÜ (0 23 68) 98 59-23 · E-Mail: satzreprodruck@satzreprodruck.de
1. Auflage, 5000/02/05

Inhalt

Leonhard Kuckart

Begrüßung 4

Professor Dr. Hans-Ulrich Wehler

„Zerstörung der EU durch den Türkei-Beitritt“ 6

Professor Dr. Otto Wulff

Schlusswort 29

Leonhard Kuckart



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf Sie recht herzlich begrüßen. Wir freuen uns, daß Sie sehr rege teilnehmen an unseren **Martfelder Schlossgesprächen**, die jetzt seit über drei Jahren stattfinden.

Ich begrüße die Vertreter der Presse heute Morgen ganz herzlich. Wir freuen uns darüber, wenn über unsere Veranstaltung berichtet wird. Ich begrüße unseren Bundesvorsitzenden, **PROFESSOR DR. OTTO WULFF**, herzlich willkommen!

Im Hinblick auf das heutige Thema unserer Veranstaltung ist es in der Tat ein zeitlicher Zufall, und ich kann nicht verhehlen, daß ich den sogar sehr begrüße. Ein zeitlicher Zufall, weil das Thema Türkei und der **EU-Beitritt** im Augenblick in den öffentlichen Medien sehr stark diskutiert wird.

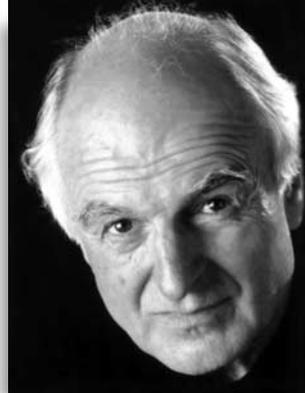
Wir sind auf Herrn **PROFESSOR DR. HANS-ULRICH WEHLER**, den ich ebenfalls sehr herzlich begrüße, aufmerksam geworden durch viele Stellungnahmen, Artikel in führenden deutschen Zeitungen. Sie haben sich sehr grundlegend mit diesem Thema beschäftigt, und Sie haben es auch mit so genannter wissenschaftlicher Akribie behandelt. **Wenn die Politik richtige Entscheidungen treffen will, ist sie in der Tat gut beraten, sich an der Wissenschaft zu orientieren, um zu sachlich guten Entscheidungen zu kommen und sich frei zu machen von Gefühlen oder gar von Machtfragen.**

Deshalb kann ich auch eine Aussage, erschienen in der Beilage in der Wochenzeitung **Das Parlament**, nicht nachvollziehen, die wie folgt lautet: Ob die Türkei letztendlich Mitglied der EU wird oder nicht, ist keine wissenschaftliche, sondern eine allein politisch zu treffende normative Entscheidung, in die ganz andere Faktoren als die der kulturellen Unterschiede eingehen wer-

den. Diese Aussage kann ich also nicht nachvollziehen, und deswegen bin ich wahrscheinlich wie Sie sehr gespannt darauf, was **PROFESSOR DR. WEHLER** uns zu sagen hat. Das Thema ist Ihnen bekannt: ***Zerstörung der EU durch Beitritt der Türkei.*** Auch diese Veranstaltung werden wir dokumentieren, daß es also später nachlesbar ist. Dokumentationen gehen auch allen Politikern, die der CDU angehören, in Bund, Land und Europa zu, so daß sie nicht sagen können, sie wüssten nicht, worüber sie zu entscheiden haben. Und jetzt darf ich Sie bitten, zu uns zu sprechen.

Professor Dr. Hans-Ulrich Wehler

Professor für Allgemeine Geschichte
des 19. und 20. Jahrhunderts
an der Universität in Bielefeld



Meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen sehr für die Einladung. Ich schicke mal gleich voraus, daß ich kein Nahostexperte bin und auch kein Turkologe, aber ***ich gehöre zu den vielen Bürgern, die sich zunehmend darüber geärgert haben, daß diese grundlegende Entscheidung, die der Türkei-Beitritt bedeuten würde, ohne jede öffentliche Diskussion über die Bühne gehen sollte, nachdem sozusagen einige Herren in verräucherten Hinterzimmern die Weichen gestellt hatten.*** Und als dann ***Die Zeit*** fragte, ob ich noch mal die Argumente dagegen zusammenfassen wollte, habe ich das getan. Das Dilemma, mit dem wir es zu tun haben, ist ***die Mutlosigkeit oder Zurückhaltung der europäischen Politiker, die Grenzen Europas zu definieren.*** Man hat sich dann in ***Kopenhagen*** auf der berühmten Konferenz, sozusagen auf das geringste gemeinsame Vielfache geeinigt, nämlich Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft. Wenn Sie diese Kriterien anlegen, gehören selbstverständlich Kanada, die USA, Australien, Neuseeland, Japan auch zu den Ländern, die diese Kriterien erfüllen. Sie sind aber nicht europäisch, und die europäischen Politiker haben sich wohlweislich, weil sie offenbar keine Einigung erzielen konnten, davon ferngehalten, Europa auch inhaltlich zu definieren, wobei ***das 4. Kriterium in der Debatte ganz untergeht, da heißt es nämlich, der Beitritt von neuen Staaten muss die Integration fördern. Das hat aber bisher noch keiner nachgewiesen, daß zum Beispiel der Beitritt der Türkei die Integration fördern würde.***

Nun können Sie sagen, daß das sozusagen mein Milieuschaden ist als Historiker, aber ich glaube, ***daß man Europa historisch definieren kann*** und dann ist es sozusagen diese Halbinsel, in der sich das jüdische, griechische,

römische Erbe der Antike bis in die Gegenwart auswirkt. **Es ist der Länderkomplex, der tief durch das Christentum geprägt worden ist.** Daran ändert auch die zunehmende Säkularisierung nichts. Es ist der Bereich, in dem es eine scharfe Trennung von Staat und Kirche gegeben hat, die es in den muslimischen Ländern zum Beispiel nicht gibt. Es ist auch der Bereich, in dem es eine Reformbewegung in der christlichen Kirche, die Reformation, gegeben hat, so daß gewissermaßen konkurrierende Christentümer nebeneinander stehen. Und es ist der Bereich, in dem es bestimmte soziale Bauformen gegeben hat, die anderswo nicht existieren. Zum Beispiel das Bürgertum, das sich in Bürgerstädten selber verwaltet. Und sozusagen in vielfacher Hinsicht dann tonangebend wird, das ist der freie Adel mit erstaunlichen Souveränitätsrechten, den es weder in Osteuropa noch in der muslimischen Welt gibt und das ist der soziale Typus auch des freien Bauern, also wenn Sie diese Linien, Kriterien schon mal zusammenfassen, dann treffen Sie auf eine in gewisser Hinsicht einzigartige Entwicklung, das ist auch den großen Gelehrten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts völlig bewusst gewesen und sie haben zu erklären versucht, warum dieses Unikat an Entwicklung ausgerechnet in Europa zustande gekommen ist. **Nun lassen sich die Grenzen dieses Europas in drei Richtungen ganz leicht bestimmen,** im Norden gibt es keine Probleme, weil Skandinavien seit der Christianisierung dazu gehört; nach Westen der Atlantik, nach Süden das Mittelmeer, ich lass jetzt mal beiseite, daß sozusagen die Maghrebstaaten auch gern in die EU wollen. Das große Problem ist der Osten und der Südosten. Nun haben diese angrenzenden Nachbarländer sehr wohl immer das Bewusstsein gehabt, daß sie nicht zu Europa gehörten. Und Russland hat zum Beispiel seit Peter dem Großen in einer forcierten Aufholjagd versucht, europa-ähnlich zu werden, und die Bolschewiki haben das gewissermaßen nur mit einem großen Gewaltakt weiter zu forcieren versucht. Daßelbe gilt für die Türkei, die 200 Jahre nach Peter dem Großen unter Kemal Atatürk diesen Anlauf unternimmt durch sozusagen, wir würden heute sagen, kulturrevolutionäre Aktionen, Abschaffung der alten Schriftzeichen, Einführung des Lateinischen, Abschaffung von Fez und Kopftuch und so weiter, Abschaffung des Kalifats, allmählich Europa ähnlich zu werden.

Aber sehr wohl wusste man im Osmanischen Reich und in der Türkei, daß man nicht zu Europa gehörte, wenn man auch an den Machtspielen des europäischen Staatensystems teilnahm und versuchte, sich sozusagen all-

mählich in dieser Richtung zu bewegen. Also, das sind die gewissermaßen offenen Grenzbereiche. ***Für den Historiker ist das relativ klar zu entscheiden, daß diese Länder nicht dazu gehören, und daß auch, so werde ich argumentieren, kein durchschlagender Grund besteht, diese Länder in die EU aufzunehmen. Denn eine Folge des Beitritts der Türkei war sofort zu erkennen, wenn man das tat, entfallen alle Einwände gegen die Aufnahme der Ukraine, schließlich christlich-orthodox, letztlich auch Weißrusslands, Moldawiens, Armeniens, des ältesten christlichen Staates Georgiens, der marokkanische Aufnahmeantrag liegt bereits vor.***

Jetzt will ich aus Gründen der Fairness nur gerade die meines Erachtens vier Gründe nennen, die die Beitragsbefürworter vorbringen, damit man abwägen kann, wie seriös diese Gründe sind.

Der 1. Gesichtspunkt

ist der, daß auch dem Westen daran gelegen sein muss, die Demokratie in einem islamischen Land endlich zu verankern. Das ist bisher nicht gelungen, die Türkei hat eine Mischform von autoritärer Regierung, Militärrherrschaft, und im Augenblick wird sie von einer religiösen Einheitspartei regiert. Es kann sehr gut sein, daß der größte islamische Staat der Welt, nämlich Indonesien mit 300 Millionen Einwohnern, als erstes diesen Sprung in eine funktionstüchtige Demokratie schafft.

Aber das berührt uns im Augenblick nicht in Europa. ***Es ist gar keine Frage, daß alle westlichen Länder, auch die Europäer, ein vitales Interesse daran haben müssen, daß dieses Demokratieexperiment auch in einem islamischen Staat endlich einmal gewinnt. Die große Frage ist nur, muss dieses Experiment in der EU ablaufen oder kann es nicht auch außerhalb der EU über die Bühne gehen, und dann natürlich von der EU unterstützt werden?***

Der 2. Gesichtspunkt,

der immer wieder geltend gemacht wird, ist der geostrategische, da tun sich die Amerikaner besonders hervor mit dem Argument, man müsse einen langjährigen Nato-Verbündeten wie die Türkei honorieren, indem man ihn in die europäische Staatenwelt aufnimmt, und man brauche ja für die absehbaren künftigen Konflikte im Nahen Osten ebenfalls einen starken Alliierten. Nun vergessen diese Argumente immer, daß bereits beim ersten Irak-Krieg die Re-

gierungskrise in der Türkei sofort ausbrach. Der Außenminister, der Verteidigungsminister, der sehr einflussreiche Chef des Generalstabs traten zurück, weil sie gegen einen muslimischen Nachbarn nicht Krieg führen wollten. Weil der Krieg dann so schnell zu Ende war, ist dieser Zerfall der türkischen Regierung nicht so ins öffentliche Bewusstsein gedrungen.

Beim zweiten Irak-Krieg konnte eine islamistische Partei, wie die Gerechtigkeitspartei von Erdogan, wenn sie denn nicht die eigene Partei sprengen wollte, in diesen Krieg nicht eintreten. ***Die Konsequenz ist aber, wenn es Konflikte im Nahen Osten gibt, dann betreffen sie, abgesehen von Israel, immer muslimische Länder. Und ich frage mich, was sich die westlichen Staaten davon versprechen, wenn sie gewissermaßen einen so unsicheren Partner wie die Türkei gewinnen und von daher argumentieren, der müsse auch in die EU aufgenommen werden.***

Der 3. Gesichtspunkt,

den Sie immer wieder hören, ist das so genannte Versprechen, daß man 1963 der Türkei gegeben habe. Nun wissen wir ja, daß es damals die EU noch gar nicht gab, sondern die Europäische Gemeinschaft hatte sich gerade zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gemausert und gemeint war der Anschluss an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Das ist im Grunde genommen auch schon weit gediehen, weil die Zollunion mit der Türkei ja läuft und man hätte sozusagen die Anbindungen abschließen können, indem man eine Freihandelszone schafft, zu der auch die Türkei gehört. Das ist nicht geschehen, dieses Versprechen war aber ganz und gar vor dem Hintergrund erfolgt, einen Stützpfiler im Südosten gegen die Sowjetunion zu haben, und meines Erachtens wäre es möglich und klug gewesen, im Augenblick der großen Wende, also 1990/91, als die Sowjetunion zerfiel und dieser Drohaspekt wegfiel, das Ganze wieder zurückzuschneiden auf die ökonomische Verbindung. ***Das ist aber nicht geschehen und jetzt wird so getan, als ob das Versprechen eigentlich schon die Aufnahme in die EU bedeutet hätte.***

Dann gibt es ein viertes Argument,

das läuft darauf hinaus, daß die Globalisierung im Grunde genommen alle nationalen Grenzen verflüssigt und die herkömmlichen Unterschiede zwischen den Staaten über kurz oder lang durch sozusagen den internationalen

Waren- und Finanzverkehr nivelliere und dann könne man auch gleich die Konsequenz ziehen und zum Beispiel die Türkei und andere in die EU aufnehmen. Das halte ich für eine ganz falsche Vorstellung von Globalisierung. Es ist unstrittig, daß sozusagen die internationalen Finanzmärkte über die nationalen Grenzen hinweg funktionieren. Aber so etwas wie eine Globalgesellschaft, eine Weltgesellschaft, wird sich meines Erachtens sozusagen in Stufen entwickeln. Eine Stufe wäre die Europäische Union, eine andere ist die NAFTA, die amerikanische Freihandelszone, eine dritte ist ASEAN, die Gemeinschaft der asiatischen Staaten. Und sozusagen aus diesen Baublöcken könnte sich allmählich etwas entwickeln, was neben die Vereinten Nationen tritt, nämlich so eine Art großes politisches und ökonomisches Aktionsfeld auf der ganzen Welt.

Aber zu glauben, daß sozusagen alle Staaten unterschiedslos hinein schwimmen in diese Globalisierung, das halte ich für ganz und gar irreführend.

Nun will ich gerade, nachdem ich sozusagen meine Skepsis auch gegenüber diesen vier Gesichtspunkten ausgedrückt habe, also ich sollte vielleicht noch hinzufügen, daß in einem erstaunlichen Maße in letzter Zeit sich eine Art **Wilhelminischer Großmannssucht** ausbreitet in Berlin, die Verheugen-Rede in Brüssel, mit der er seinen Bericht begründete, wurde in der **Zeit** gedruckt und da hieß es: Endlich könne man dann mit der Türkei Weltpolitik betreiben, denn dann habe man einen starken Verbund vom Nordkap bis zum Tigris. Das sind Töne, die man als Historiker in der Zeit von 1912/13 schon mal gelesen hat mit Bagdad-Bahn und Erschließung des Nahen Ostens und deutscher Weltmachtrolle und zu dieser Prestigepolitik gehört auch, daß man sich freiwillig auf den Schleudersitz im Sicherheitsrat der UN begeben will, während alle sozusagen nüchternen Interessen dafür sprechen, daß man sich von diesem Feuerstuhl fern hält.

Ich will noch kurz, ehe ich auf die Gegenargumente komme, charakterisieren, was denn die **Motive der gegenwärtigen Regierung Erdogan** sind. Und das sieht in meinen Augen so aus, daß es für diese Regierung keine überlegene Option gibt, zu der Europapolitik, die sie betreibt.

Der erste Gesichtspunkt ist der,

sie gewinnt durch Europa den **Anschluss an die großen ökonomischen und vor allem finanziellen Ressourcen der Europäischen Union**. Sie wissen ja, daß mit Beginn der Beitrittsverhandlungen die so genannten Vorbeitrittszahlungen in der Höhe von Hunderten von Millionen bereits beginnen, um

den Kandidaten sozusagen auf seinem Weg nach Europa zu unterstützen. Dann setzen die eigentlichen Unterstützungszahlungen ein. **Das heißt, die Regierung gewinnt dadurch in Milliardenhöhe ein gewissermaßen steuerfreies Zusatzeinkommen, das man dazu benutzen kann, sozusagen die eigene Klientel zu bedienen, ohne daß der Staatshaushalt damit belastet wird. Das ist natürlich außerordentlich attraktiv.**

Das zweite ist,

man gewinnt die Europäische Religionsfreiheit, das heißt, es ist dann auch ausgeschlossen, den Prozess der **Islamisierung**, der im Augenblick in der Türkei abläuft, und deren Ausdruck die Gerechtigkeitspartei von Erdogan ist, irgendwie zu kritisieren. **Das ist dann hinzunehmen als eine Form der konfessionellen, religiösen Entwicklung.**

Der dritte Gesichtspunkt,

der das außerordentlich attraktiv macht, ist die Entmachtung des Militärs. Dafür wird jeder von uns zu haben sein, weil in der Tat die Neigung des türkischen Militärs, immer wieder zu putschen, zuletzt 1995 auf 1996, als der erste islamistische Ministerpräsident Erbakan, das Missfallen der Militärlaie erregte und ultimativ zum Rücktritt gezwungen wurde. Aber man muss sich klar machen, daß Kemal Atatürk sozusagen die Galionsfigur der so genannten Jungtürkischen Reformbewegung ist. Das sind vor allem junge Offiziere, und daß das Heer sich seither verstanden hat als der Hüter der laizistischen Republik. Infolgedessen hat die Armee, als vor fünf Jahren Kadetten sich zum fundamentalistischen Islam bekannten, kalt lächelnd 200 Kadetten gefeuert und von der Militärlaufbahn ausgeschlossen. Das ist sozusagen das Ambivalente an diesem Vorgang, **man kann begrüßen, daß das Militär dann aus dem öffentlichen Leben zurückgedrängt wird, aber die Republik als weltliche Einrichtung verliert damit eine starke Stütze.**

Dann kommt natürlich hinzu, das ist aber so banal, daß ich es kaum zu erwähnen wage, daß ein Erfolg in der Europapolitik der Regierung Erdogan ihr auf absehbare Zeit den Wahlsieg sichert, weil damit sozusagen so massiv Interessen befriedigt werden, daß der Wahlsieg gesichert ist. Also, das alles ist unter dem Strich sehr attraktiv. **Aber während diese Europapolitik vertreten wird, läuft eine islamistische Politik weiter, die in diesem schlampigen Verheugungs-Bericht überhaupt keine Rolle spielt.**

Ich nenne Ihnen mal einige Beispiele: Die Regierung Erdogan hat sofort **60.000 Imame**, also Vorbeter für die Moscheen, **neu eingesetzt** mit staatlicher Alimentierung. **Das ist sozusagen eine krasse Verletzung des von Kemal Atatürk einmal anvisierten Schnitts zwischen Staat und Kirche.** Sie hat darüber hinaus den Absolventen dieser Vorbeter-, dieser Imamschulen den prüfungsfreien Zugang zur Universität eröffnet, während sonst jeder türkische Schüler, jede Schülerin, die in unserem Sinne so etwas macht wie Abitur, eine Prüfung ablegen muss, um auf eine der 350 mehr oder minder guten Universitäten des Landes aufgenommen zu werden. Sie hat auch den so genannten Universitätsrat, das ist so eine Mischung von Kultusministerkonferenz und deutscher Forschungsgemeinschaft aufgelöst und sozusagen eine Mehrheit von Erdogan-Vertrauten da hineingeschleust, und ich sehe mal ganz davon ab, daß Erdogans Frau und seine Töchter das strenge Kopftuch tragen mit schwarzem Band, daß beide Söhne Minderjährige haben heiraten können, die gerade 16 Jahre alt geworden sind. Also da gibt es Entwicklungen, die sozusagen aus archaischen Vorstellungen stammen, dem europäischen Rechtsgefühl jedenfalls nicht entsprechen. Da ist zum Beispiel die **Kinderehe weit verbreitet**, das ist die Tatsache, daß zwei von drei Ehemännern ein Brautgeld zahlen für ihre Frau, **was ihnen das Recht gibt, die Frau als Eigentum zu betrachten.** Das ist die Tatsache, daß jede zweite Frau in der Türkei gegen ihre Einwilligung vom Familienclan verheiratet wird; daß jeder zehnte Mann mindestens zwei, wenn nicht mehrere Frauen hat, und das ist deshalb möglich, da die Türkei auch die zivilrechtliche Ehe kennt, dadurch möglich, daß man sich in der Moschee vom Geistlichen sozusagen, diese Schar von Konkubinen antrauen lässt, die man aber auch jederzeit wieder aus dem Familienverband entlassen kann. **Und das sind alles Fragen, für die zeichnen sich noch nicht einmal Entwürfe von Reformgesetzen ab, das hat die Brüsseler Kommission nicht daran gehindert, sozusagen von der Europafähigkeit auszugehen.** Dann hat immer eine große Rolle gespielt, fast als ultimative Voraussetzung, daß das **Zypern-Problem** gelöst sein müsse. Sie entsinnen sich, daß vor mehr als 20 Jahren die Türkei den Norden erobert hat, die Griechen wurden vertrieben, dann wurden anatolische Siedler angesetzt. Die Sache ist in Bewegung, aber sie ist jedenfalls nicht zur Vorbedingung für Beitrittsverhandlungen gemacht worden. **Und als besonders irritierend ist, finde ich, daß der diskriminierende Status der christlichen Minderheiten überhaupt nicht**

in diese Vorverhandlung einbezogen worden ist. Also 1939, habe ich herausgefunden, sind acht Prozent der Bevölkerung von Istanbul noch Christen, Griechisch-Orthodoxe und Armenier vor allem, jetzt sind es 0,08 Prozent. Das Immobilieneigentum aller christlichen Kirchen ist beschlagnahmt worden, der Staat weigert sich das auch zurückzuerstatten, wenigstens den Grund und Boden, auf dem die Kirchen stehen. Die Geistlichen, ganz gleich ob Priester oder für die protestantische Minderheit Pfarrer, dürfen nicht als solche im Lande sein, sondern nur als Konsulatsbeamte.

Neulich war in einer Diskussion der **LANDESBISCHOF VON NIEDERSACHSEN, HERR WEBER**, beteiligt, er kam gerade von einer Türkei-Reise zurück und sagte: **„Ich war immer ein Anhänger des Dialogs über die kulturellen Grenzen hinweg. Aber seitdem ich gesehen habe, wie furchtsam unsere Pfarrer vor Ort immer beweisen müssen, daß sie Konsulatsbeamte sind und eigentlich keine Pfarrer, das hat mich dann doch sehr zweifeln lassen“.** Also, übrigens hat der Vatikan 2002 die formelle Bitte an die Regierung gerichtet, man möge den Kirchen doch den Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft geben. Das hat die Republik in Ankara abgelehnt, die Kirchen gelten als Stiftungen, die man konzidiert hat, und werden verwaltet von einem Stiftungsrat mit einer strengen islamischen Mehrheit. Das verstehe ich auch nicht, warum man nicht bei den Vorverhandlungen sozusagen ultimativ sagt, entweder Aufhebung der Diskriminierung und Anerkennung der christlichen Minderheiten als funktionsfähige Körperschaften mit eigenen Geistlichen und Grundbesitz und sozusagen stillschweigt über dieses Dilemma, wo auch die Regierung Erdogan auf Grund der Tatsache, daß sie eine islamistische Religionspartei vertritt, bisher stillschweigend darüber hinweggegangen ist.

Es gibt noch ein Problem, das ich gerade mal anschneide, was in der deutschen Debatte überhaupt keine Rolle spielt, die rund 50.000 christlichen Ehefrauen, die in die Türkei geheiratet haben, kriegen nicht den regulären Pass, sondern kriegen sozusagen ein Ausweispapier als Bürgerin 2. oder 3. Klasse. Auf der anderen Seite gibt es, für Angehörige von Turkvölkern – und Sie wissen, daß die Turkvölker von der Türkei über Usbekistan, Tadschikistan und Kasachstan bis an die chinesische Grenze reichen – die sprechen auch eine gemeinsame Sprache – **als Türke kann man jederzeit in Kasachstan sprechen und Geschäftsverhandlungen führen –, die erleichterte Aufnahme in den türkischen Staatsverband.**

Das haben sich die europäischen Beamten, die da wie Verheugen, das Gelände erkundet haben, offenbar gar nicht erzählen lassen und sich klar gemacht, was das bedeutet, für die Aufnahme in die EU, wenn sozusagen eine unbekannte Anzahl von Usbeken, Tadschiken, Kasachen sich unter Berufung auf die gemeinsame Turkvölker-Herkunft sozusagen in die Türkei bewegen und weiter nach Westen. Ich will das gar nicht als so ein Schauerbild zeichnen, aber man kann sich überhaupt nicht vorstellen, wie dieser Einbürgerungsprozess, dieser erleichterte Einbürgerungsprozess in die Familie der Turkvölker, wie es im Gesetz heißt, daß der irgendwie kontrolliert werden kann von europäischer Seite. All das taucht in dem Bericht nicht auf, aber jetzt will ich mal der Reihe nach sozusagen die in meinen Augen **entscheidenden Gegenargumente nennen**.

Das erste Argument ist,

daß durch den Beitritt eines muslimischen Großstaates, der in 10 Jahren mindestens 90 Millionen Muslime zählen wird, ich gehe gleich mal auf die demografische Frage ein, das **Projekt der europäischen Union gesprengt wird**. Das ist das Ergebnis eines sehr schmerzhaften Lernprozesses, daß die Europäer nach zwei totalen Kriegen endlich, so sah es jedenfalls aus, gelernt haben, daß Zusammenarbeit besser ist, als sich ständig zu zerfleischen. Das ist natürlich auch eine Generationserfahrung. Für uns nach dem Krieg war das sozusagen das große Projekt, wie Europa aus seiner Misere herauskommen konnte. Die Jüngeren bewegt das nicht so sehr, weil sie den günstigen Status Quo sozusagen für selbstverständlich halten. **Aber in meinen Augen sprengt man dieses Projekt, wenn man einen nicht-europäischen, muslimischen Staat hinein nimmt und damit, wie ich eben sagte, gleichzeitig alle Argumente verliert, mit dem man andere Staaten fern halten kann**. Die **Ukraine** hat soeben im Parlament und in der Regierung beschlossen, aufgenommen zu werden. Wie man das vermuten konnte, hat sofort die türkische Regierung das formell unterstützt, denn die Polen wollen natürlich nicht ihre endlos lange Ostgrenze gegen den Menschensmuggel mit jährlich 300.000 jungen Frauen, die als Prostituierte in den Westen geschleust werden, dem Drogenhandel usw. alleine schützen, wenn das Schengener Abkommen auch einmal für sie gilt und sie argumentieren, wir brauchen gewissermaßen noch ein europäisches Vorfeld in der Gestalt der Türkei.

Dann kann man natürlich auf längere Sicht mit dem Argument, wir haben Portugal, Spanien, Griechenland geholfen, die Folgen ihrer Diktatur zu überwinden, kommen. Dann kann man das selbe Argument für **Weißrussland** geltend machen, auch für kleinere Gebiete wie **Moldawien**. Der **marokkanische Aufnahmeantrag** liegt bereits vor. **Dann bleibt sozusagen von dem großen Projekt einer europäischen Union übrig im besten Fall eine große Freihandelszone.**

Das zweite Argument,

das ist ganz pragmatischer Natur, läuft darauf hinaus, also die Historiker haben dafür den Ausdruck des **Imperial Overstretch**, der Überdehnung aller Sehnen, Gelenke und Ressourcen, wenn ein Staateingebilde oder eine Staatenunion sich sozusagen unmäßig ausdehnt wie das römische, das englische, das sowjetische Imperium, dann kommt man sozusagen an die Grenze, wo die Gelenke reißen. **Nun war es unter pragmatischen Gesichtspunkten ohnehin schon ein sehr tollkühnes Unternehmen, acht Flächen-Staaten und die beiden kleinen Inselstaaten, Malta und Zypern, gleichzeitig in die Union aufzunehmen, weil das, gemessen am europäischen Entwicklungsstand, relativ unterentwickelte Regionen sind.** Und weil auf absehbare Zeit, sozusagen unendliche Subventions- und Aufbauzahlungen in diese neue Mitgliedstaaten wandern müssen, wenn man sie sozusagen allmählich auf das europäische Entwicklungsniveau anheben will und auch die Erwartungen dieser Völker nach der Befreiung von der Sowjetunion erfüllen will. Und da sehe ich nun überhaupt nicht, wie man, wenn jetzt noch in den nächsten drei Jahren, was ja festliegt, **Bulgarien, Rumänien** und unmittelbar danach **Kroatien** noch dazu kommt, das heißt, dann sind es **28 Mitgliedsstaaten**, wir sind jetzt 450 Millionen Europäer, dann kommen noch mal 50 dazu, das ist also eine halbe Milliarde Europäer mit ungeheurem Finanzbedürfnis, namentlich im Osten, warum man dann sozusagen unmittelbar danach einen **muslimischen Großstaat, der in den Aufnahmejahren nach 2012/14 auf jeden Fall 90 Millionen Menschen zählen würde**, aufnehmen kann, also das normale Kostennutzenkalkül, was bringt mir das, was sind die Kosten, die ich zu akzeptieren habe, läuft meines Erachtens auf eine grandiose Verlustrechnung hinaus und der scheinbare Gewinn, sozusagen Weltpolitik betreiben zu können, der verflüchtigt sich, wie ich glaube, weil das dann eben kein homogener Staatenverband ist, der als selbstständiger Akteur auftreten kann.

Es kommt noch hinzu, daß man durch diese Überdehnung, wenn denn die Türkei, wie es ja jetzt aussieht, Beitrittsverhandlungen sind noch nie gescheitert, aufnimmt, daß man sich **außergewöhnlich attraktive Nachbarn** holt, nämlich den chaotischen **Irak**, die Theokratie der Mullahs im **Iran**, erodierende Staaten wie **Georgien** und **Armenien**, die in ihren Bürgerkriegen versinken, und es ist etwas anderes, ob man diesen Problemen begegnet sozusagen vom Port der europäischen Politik aus, oder ob das unmittelbare Grenzprobleme sind, zumal die Türkei dann ja sicher beanspruchen würde, sozusagen die Nahostpolitik der Union mit zu definieren als der unmittelbar involvierte Staat. Dann kommt noch hinzu, etwas, wo die Türkei außerordentlich allergisch reagiert, das ist das Kurden-Problem. Als die Alliierten nach dem Ersten Weltkrieg das riesige Osmanische Reich, was ja ganz Nordafrika und bis hinunter nach Saudi-Arabien die arabische Halbinsel umfaßte, da haben sie das sozusagen mit einigen Ortskennern und Kartografen, daher auch die geraden Grenzlinien in die Karten eingezeichnet, aber es gab keinen Fürsprecher für die Kurden. Die Kurden sind etwa heutzutage 4 bis 5 Millionen Menschen stark und siedeln ziemlich geschlossen aus dem Südosten der Türkei über den Norden des Iraks bis hinein nach Persien, also was heute Iran heißt. Und natürlich ist sozusagen angesichts der Vorbildhaftigkeit eigener Nationalstaaten für die türkische Emanzipationsbewegung in allen drei Ländern es unverändert attraktiv, endlich einen Kurdenstaat aufzubauen. Sie haben ja gerade verfolgt, wie unter Saddam eine Art autonome Kurdenzone im Norden des Irak entstanden war mit eigener Amtssprache, zwei eigenen Universitäten und die ganze Hoffnung der Kurden war, aus diesem Krieg sozusagen mit einem anerkannten kleinen Kurdenstaat hervorzugehen, und in dem Falle war die türkische Armee bereit, sofort zu marschieren. Das ist nur gescheitert an einem sehr kalten Ultimatum der Amerikaner, die gesagt haben, dann wird sich unsere Streitmacht auch gegen die vordringenden türkischen Truppen wenden. **Also, man holt aber dann mit dem Türkei-Beitritt das Kurden-Problem sozusagen in die EU, und das ist wieder etwas anderes, als wenn man sozusagen von außen beratend und helfend tätig ist.**

Der dritte Gesichtspunkt ist,

die EU kann dann meines Erachtens nach einem Beitritt der Türkei und der Öffnung der Tore dann auch für die Ukraine und Marokko und andere nicht

mehr sozusagen als selbstständiger Akteur für Menschen die sozusagen ein europäisches Identitätsgefühl teilen, tätig sein, sondern sie wird sich in der verwässerten Variante einer Freihandelszone, meinerwegen vom Atlantik bis Wladiwostok wiederfinden, und das entspricht durchaus auch starken Interessen. Also ich bin ja nun oft und lange in Amerika gewesen und hänge sehr an dem Land, trotz Bush, und kann nur sagen, **die amerikanische Politik läuft in den letzten Jahren darauf hinaus, keinen starken selbstständigen europäischen Partner und Akteur in der Politik zuzulassen, sondern ihn sozusagen in der Abhängigkeit von Nato und Allianz mit Amerika zu halten.** Deshalb sind die Amerikaner auch ohne jeden Vorbehalt für den Türkei-Beitritt, weil sämtliche Kosten des Beitritts nicht von ihnen, sondern von den Europäern getragen werden. Und es sind die Engländer, nicht nur Tony Blair, die Konservativen genau so, die manche der skandinavischen Parteien auch ohnehin dagegen Souveränitätsrechte an Brüssel und Straßburg abzutreten und denen ist sozusagen die Freihandelszone ohnehin eine attraktive Lösung. **Dann bleibt aber, wie ich eingangs sagte, von dem großen Projekt einer europäischen Union als einem handlungsfähigen Staatenverbands, dessen Menschen sozusagen durch ein gemeinsames Wir-Gefühl zusammengehalten werden, nichts mehr übrig.** Es sei denn, man spekuliert und sagt, wenn das denn so kommt, ist eins unvermeidlich, wie das vor zehn Jahren die Herren Schäuble und Lamers schon mal skizziert haben, dann wird es ein Kerneuropa geben, das alte karolingische der Anfangsjahre, auch der 50er und 60er Jahre, dann eine Peripherie von neuen Staaten und ganz sozusagen am Rande die Türkei. Es ist aber deshalb eine etwas illusionäre Vorstellung, weil vorbeugend die Polen und Ungarn und Tschechen jetzt schon erklärt haben, sie gehörten aber dann zu Kerneuropa bitte und nicht zur Peripherie. Und das Gemetzel, dann zu definieren, was das alte Kerneuropa und die Peripherie ist, kann man jetzt schon deutlich erkennen.

Der vierte Gesichtspunkt

ist ein ganz nüchterner ökonomischer: Die Türkei erwirtschaftet heute etwa 20 Prozent des durchschnittlichen europäischen Bruttosozialprodukts. Sie hat in den letzten Jahren eine Inflationsrate von 43 Prozent und sie hat, weil die kemalistische Bildungspolitik gescheitert ist, immer noch eine Alphabetenrate von 34 Prozent. Vor allem im ländlichen Anatolien, und das

ist das Herkunftsgebiet für die türkische Einwanderung nach Europa und Deutschland.

Trotz der Wiederbelebung ihrer Wirtschaft, kann man nicht sagen, daß sozusagen ein Wirtschaftswunder bevorsteht, wie das nach der Bundesrepublik und Österreich sich dann auch in Oberitalien und in Spanien eingestellt hat mit verblüffenden Ergebnissen, wie wir wissen, sondern in der Türkei gibt es sozusagen in einer ländlichen Gesellschaft Inseln des industriellen Wachstums, und da kann man dann bei einer Belegung auch die beanspruchten sechs, sieben, acht Prozent erreichen, das ist aber so, als wenn Sie in Mecklenburg-Vorpommern oder in Sachsen-Anhalt, also armen ostdeutschen Bundesländern, einige erfolgreiche Chipfabriken einrichten, dann schnell das Wachstum in den Gebieten auch auf acht Prozent hoch. Und außerdem sagen mir türkische Kollegen immer wieder die merkwürdige Übereinstimmung, Sie kennen doch die Steigerung von Churchill, es heißt die Lüge, die gemeine Lüge und dann die Statistik. Und glauben Sie nie der türkischen Statistik, ist dann die Konsequenz. Aber jedenfalls ist es mal noch ökonomisch ein Fass ohne Boden. Das muss eigentlich klar machen, im Augenblick hat die rot-grüne Koalition Unterstützung gewonnen von einigen Sprechern der Wirtschaft, das ist immer die Jagd nach dem neuen großen Markt, die Historiker kennen das, im ausgehenden 19. Jahrhundert ist China die große Illusion. Wenn doch jeder von den damals 300 bis 400 Millionen Chinesen europäische Baumwollhemden trüge, sei der Textilindustrie geholfen, dann läuft das nicht so, dann kommt die Illusion mit Afrika und bis heute ist Afrika, von Teilen von Südafrika abgesehen, kein Absatzmarkt und die Türkei ist in großen Teilen zu mehr als zwei Dritteln unterentwickeltes Land, und es gilt einfach die feste Faustregel, die besten Kunden für entwickelte Länder sind andere entwickelte Länder. Deshalb gehen 66 Prozent des deutschen Exportes in die EU und eine minimale Quote geht in jene Länder, die wir noch Entwicklungsländer nennen. **Also kann ich mir von dieser Chimäre des türkischen Großmarktes einfach ganz nüchtern nicht viel versprechen.**

Außer dem ökonomischen Problem gibt es das **Migrationsproblem**. Das ist immerhin jetzt auch in dem Verheugen-Bericht anerkannt worden, und da steckt dann auch natürlich die Anerkennung hinter, daß das nicht zuwandernde christliche Italiener, Spanier sind, die da kommen, sondern Menschen

aus einem anderen Kulturkreis. Nun muss man vorausschicken, daß die Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 2000 die relativ höchste Zuwanderungsquote der gesamten Welt hat. Sie liegt über der Zuwanderungsquote großer alter Einwanderungsländer, Nordamerika, Kanada, Argentinien, Australien, und aufs Ganze gesehen, also jeder Glatzkopf ist einer zu viel, aufs Ganze gesehen sind die Politik, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Gemeinden mit diesem Zustrom von Millionen von Menschen, allein drei Millionen so genannte Rußlanddeutsche, acht Millionen Ausländer in einer ziemlich kurzen Zeitspanne erstaunlich gut fertig geworden. Nun behauptet die türkische Statistik, es gebe im Augenblick nur 68 Millionen Türken. Sie verschweigt die türkischen Staatsbürger, die außerhalb der türkischen Grenzen liegen, deren Loyalität aber ganz noch der Türkei gilt, wenn man die addiert, kommt man auf 75 Millionen. Die Türkei, die im Jahr der Republikgründung, als das Osmanische Reich im Ersten Weltkrieg zerfiel, und nur der kleinasiatische Teil übrig blieb, also im Jahr 1922 sind es 12 Millionen Menschen, jetzt sind es 75 Millionen, und in den letzten Jahrzehnten hat die Türkei eine demografische Wachstumsrate von jährlich 3,4 Prozent. Wie Sie wissen, ist die Bundesrepublik das Schlusslicht der ganzen Welt. Das können Sie nur noch in ganz wenigen Promille ausdrücken. Dann kommt noch Slowenien und interessanterweise nach ihrem Wirtschaftswunder Italien und Spanien und dann die exotische Welt außerhalb. ***In der Türkei ist das ein rasantes Bevölkerungswachstum, 40 Prozent der Bevölkerung sind unter 18 und selbst wenn man jetzt vorsichtig diese Wachstumsrate mit 2,5 Prozent veranschlagt, kommt man im Jahr 2012, dem frühesten Termin, wie die Regierung in Ankara hofft, für einen Beitritt auf 90 Millionen Türken. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Und das ist rein von der Quantität etwas ganz anderes als die Anzahl der Muslime, die jetzt in Europa leben, also wie gesagt 450 Millionen Menschen seit dem 1. Mai, und davon sind etwa 12 Millionen Muslime, sechs Millionen Algerier, Franzosen, Marokkaner, der ursprünglichen Herkunft nach in Frankreich, mit riesigen Problemen für das Land, weil sie trotz der Gewährung der Staatsbürgerrechte nicht integriert werden können.*** Knapp drei Millionen Türken in der Bundesrepublik und einige Hunderttausend andere wie Bosniaken und so und die anderen sind sozusagen Splitterminderheiten in England und Italien usw., so daß man auf maximal 12 Millionen Muslime in der EU kommt und nun kann ein so großer Staatenverbund, wenn das mal so

weit ist, ich glaube, sechs Millionen Albaner auch aufnehmen und irgendwie verkraften. **Aber es ist etwas ganz anderes, ob 90 Millionen Menschen hin- zu stoßen und die dann pochen auf eine großen europäischen Errungenschaft, dem Recht auf Freizügigkeit.** Nun hat ja selbst die Verheugen-Kommission die Bremse gezogen und gesagt, wir konzedieren den alten Mitgliedsstaaten, daß sie unter Berufung auf die Probleme des Arbeitsmarktes sozusagen Zu- gangsverbote erlassen können. Man fragt sich nur, wie lange das gehen soll, wenn der größte Staat der künftigen EU, das ist sofort die Türkei, denn Deutschland schrumpft ja von 80 Millionen schnell zurück. Wenn dieser große Staat sozusagen auf einem genuinen EU-Recht besteht, wie der Freizügigkeit. **Nun hat der drittletzte türkische Ministerpräsident Demirel in einem Gespräch mit dem alten Bundeskanzler Helmut Schmidt ganz offenherzig gesagt, Herr Schmidt, Sie müssen verstehen, wir müssen 15 Millionen Menschen exportieren, um sozusagen unsere Probleme im Land besser lösen zu können. Erdogan hat in seinen ersten Wochen auch mal einer türkischen Zeitung gesagt, es wäre sehr wünschenswert, wenn wir 10 bis 11 Millionen Menschen an das be- freundete Ausland abgeben könnten, ist merkwürdigerweise nur in ameri- kanischen und französischen Zeitungen aufgegriffen worden,** und bei Diskus- sionen mit türkischen Kollegen u.a. dem Leiter des großen Instituts für Europa- studien, was sozusagen diese Politik mit vorbereiten soll, da hatte ich mal drum gebeten, man sollte doch mal nüchtern über die Probleme sprechen, die ent- ständen, wenn zu den knapp 3 Millionen Türken sagen wir noch einmal 3 Mil- lionen hinzu kämen und wie die in der Bundesrepublik, da die Integration bisher in meinen Augen gescheitert ist, wie man die assimilieren sollte. Das waren zwei sehr vernünftige Männer, in Süddeutschland groß geworden, Sie hätten keinen Akzent hören können und die sagten, gut, wenn Sie appellieren an Nüchternheit, wir gehen im Institut davon aus, daß 15 bis 18 Millionen Men- schen sich nach Westen in Bewegung setzen wollen. Unsere Politik ver- schweigt das, aber alle unsere Umfragen, und die haben natürlich dieselben sozialwissenschaftlichen Methoden wie Allensbach und Emnid und Infratest, sagen, daß diese Abwanderungsbereitschaft da ist und die engste Verbindung besteht mit der türkischen Diaspora in Deutschland. **Berlin ist ja gewisser- maßen die größte türkische Stadt Europas auch geworden und sie müssen damit rechnen, daß sie dahin gehen und nicht dahin, wo es kaum Türken gibt, wie in Italien und Spanien usw. Und damit hängt nun das riesige Problem zusam-**

men, was nicht offenherzig diskutiert wird, daß diese 2,88 Millionen Türken in der Bundesrepublik im Grunde bisher nicht assimiliert worden sind. Also wenn man das ausspricht und Frau Roth von den Grünen ist dabei, dann wirft sie gleich ihre Heulsirene an und sagt, ich riefe zum Fremdenhass auf und so, aber es gibt ganz nüchterne Zahlen. Bei der letzten Einschulung in Berlin waren von den vielen Kindern türkischer Herkunft, ich meine Kreuzberg und Neukölln, rief dann selbst die GEW, die sozial stramm links orientierte Lehrgewerkschaft, auf die Barrikaden, weil die eine panische Angst hatten, wie man diese großen Klassen bändigen soll, wenn kein Deutsch verstanden wird. Gleichzeitig kam raus, daß in Berlin die 15- bis 30-jährigen Türken zu mehr als einem Drittel arbeitslos sind. Der damalige Chefredakteur der Berliner Zeitung, **Der Tagesspiegel**, **DI LORENZO**, ist inzwischen Chefredakteur der **Zeit** und hat seine Unterlagen mitgenommen und hat gesagt, wir haben das auf den neuesten Stand gebracht, 40 Prozent der männlichen Türken sind arbeitslos in der Bundesrepublik und werden durch die Sozialhilfe und ihre Familien durchgezogen. Das ist einmal ein Problem, daß sich die türkisch-muslimische Minderheit in einer eigenen Subkultur einigelt. In Berlin kann man das genau sehen, die Straßen sind türkisch und abends bedient das türkische Fernsehen alle Unterhaltungswünsche, und es gibt in der türkischen Kultur, das sind ja anatolische Zuwanderer der Unterschicht, es ist eine reine Unterschichten-einwanderung, die tüchtigen Ingenieure usw., die wandern nicht aus, die finden in den großen Städten viel leichter ein Unterkommen. Und nun hat **DI LORENZO** noch mal nachgerechnet und gesagt, meine Ergebnisse mit dem großen Stab der Zeit laufen darauf hinaus, die Arbeitslosigkeit unter den Türken liegt bei 40 Prozent. Die Sozialhilfeempfängerzahl ist drei Mal so groß wie der Anteil der Bevölkerung. Es ist also ein krasses Missverhältnis zwischen Einzahlung in die Sozialsysteme und dem, was verlangt wird. Das Rentenalter liegt bei 50 Jahren, danach wird sozusagen die Berufsunfähigkeit erklärt, und das verschärft dann sozusagen noch einmal die Kluft zwischen dem, was eingezahlt wird in die Sozialsysteme und was später beansprucht wird. Damit hängt ein grundsätzliches Problem zusammen, das Sie auch immer wieder präsentiert bekommen. Das heißt, wenn die Deutschen keine Kinder mehr kriegen wollen, das Schlusslicht der Weltstatistik bilden, dann muss man ihnen Menschen importieren. Das hat ja gerade Frau Süßmuth mit ihrer Kommission wieder neu gesagt. Das Problem ist nur, die hoch qualifizierten Informatiker und Ärzte

und Ingenieure kommen in aller Regel nicht. Das Green-Card-Experiment ist in gewisser Hinsicht gescheitert, wenn sie auswandern, dann gehen sie in ein auswanderungsfreundliches Land, wo das Englische die gängige Sprache ist, also sie landen dann in Kalifornien oder sonst wo.

Und nun ist das Problem, daß diese Behauptung, wir brauchen aber Zuwanderung, sozusagen als ob jeder zuwandernde Mensch gleich viel wert wäre. Es ist untersucht worden, nicht nur von dem Stab des **Tagesspiegels** und der **Zeit**, sondern von dem großen **Berliner Institut für Demografie** unter Leitung von einem Mann, der heißt **RAINER KLINGHOLZ**, und da kommt eben raus, in der ersten Generation der Gastarbeiter ist das sozusagen noch ein ausgewogenes Verhältnis; 30, 35 Jahre Arbeitszeit, Einzahlung in die Sozialsysteme und dann Rückzug auf die Rente. In der zweiten Generation bricht das schon ein, weil keine Sprachkompetenz vorhanden ist und seit der zweiten Generation schrumpft der Anteil mit einem Schulabschluss, und in der dritten Generation bricht das sozusagen völlig ein, das ist unter diesem Gesichtspunkt ein reines Zuschussunternehmen, das die Sozialhilfe und die Sozialsysteme belastet, **weil es ein Irrtum ist, daß sozusagen die beliebige Einwanderung dazu führt, daß die Experten kommen, die man in bestimmten Bereichen braucht, so daß also mit dem Migrationproblem, wie es im Augenblick existiert und wie es sich in Zukunft entfalten kann, immer auch verbunden ist, eine gesteigerte Bedürftigkeit der Einwanderer, weil sie die Kompetenzen an Sprache und Fertigkeit nicht mitbringen, die hier in Deutschland gesucht sind.**

Das fünfte Argument

ist besonders heikel, es gilt auch nicht als besonders schick. Das ist nämlich **der kulturelle Unterschied**. Nun glaube ich aber, das ist so ein typischer Milieuschaden von Historikern, daß der europäische Kulturkreis und der islamische des Vorderen Orients durch eine tiefe Kluft getrennt sind. Und auch Jahrhunderte lang sozusagen hat man nur in Kriegen miteinander verkehrt. Und das besonders heikle Problem ist von den sieben großen Weltreligionen, also Christentum, Judentum, Buddhismus, Hinduismus usw. ist nur **der Islam eine Religion, die eine fundamentalistische Feindschaft gegenüber dem Westen ausgebaut hat**, je stärker der Anteil der westlichen Modernisierung wurde, umso heftiger diese Reaktion. Nun bin ich natürlich nicht der Meinung, das will ich gleich hinzufügen, daß Fundamentalismus nur ein Problem der Mus-

lime sei. Der Fundamentalismus der nordirischen Protestanten und Katholiken ist genauso gräulich, der israelische Fundamentalismus der Orthodoxen oder im amerikanischen Bibelgürtel ist genauso abschreckend, aber sozusagen im Augenblick in der globalen Perspektive geht die eigentliche Bedrohung von diesem islamischen Fundamentalismus aus. Und das ist deshalb so schwierig, weil die gewöhnliche Vorstellung falsch ist, die Armen schlossen sich Al Kaida oder den militanten Protestbewegungen an. Alle, die gefasst werden, und alles, was wir genau darüber wissen, sind sozusagen die Söhne, wie man im Deutschen sagt, des bürgerlichen Mittelstandes. Die aber auf Grund ihrer religiösen Grundüberzeugung dann sozusagen zu den radikalen Protesten halten. Und das stellt ein Argument der Beitrittsbefürworter sehr in Frage. Der Beitrittsbefürworter hierzulande, aber auch in der Türkei, argumentiert nämlich, daß es doch längst eine gemeinsame Wertegemeinschaft gebe zwischen den nach Europa drängenden Türken und den Europäern selber. Nun ist glücklicherweise, jedenfalls für mein Argument, in letzter Zeit eine große **Umfrage** gewesen der soziologischen Institute **in der EU und in der Türkei**. Und ich greife nur mal zwei interessante Ergebnisse heraus: Die erste Frage bezog sich darauf, **welche Rolle soll die Religion in der Politik spielen?** Da kam **in den europäischen Ländern** einschließlich der neuen heraus, daß **nur noch 10 Prozent der Meinung waren, sie solle eine Rolle spielen**, sonst habe die Politik sozusagen ihr eigenes Reich und solle nicht rückgekoppelt werden an die Religion und diese 10 Prozent konnten sie genau feststellen, das südliche Polen, das südliche Italien und Spanien. Aber insgesamt war das sozusagen säkularisierte Europa, was der Meinung war, das wollen wir getrennt halten. **In der Türkei optierten 68 Prozent für eine ausschlaggebende Rolle der Religion**. Das ist sozusagen keine gemeinsame Wertegemeinschaft, das zweite war, **wie halten Sie es mit der Demokratie?** Da war **in Europa** eine erdrückende Mehrheit von **85 Prozent der Meinung, daß die Demokratie als ein System, was im Kern alle beteilige, und sozusagen Reformen auch der eigenen Fehler friedlich ermögliche** und daß dieses System überlegen sei. **In der Türkei waren mehr als zwei Drittel der Meinung, besser sei eine autoritäre Führung unter einer starken Persönlichkeit**. Das kann auch nicht verwundern, wegen der Traditionen vom Sultanat über Kemal Atatürk bis in die Gegenwart, wo Erdogan ja auch eine vergleichsweise herausgehobene Rolle spielt. Aber es ist ein eklatanter Unterschied zum Befund in den europäischen Staaten. Dann ist ein sehr

klarer Testfall, etwas wo die Befürworter gewöhnlich unter die Decke gehen. **Das ist das Verhältnis zu den großen staatlichen Massenmorden in der Türkei.** In den 80er und 90er Jahren werden etwa 250.000 christliche Armenier in einem großen Pogrom massakriert, dann kommt 1915/16 der Massenmord an genau anderthalb Millionen Armeniern. **Bis heute leugnet der Staat, leugnen auch türkische Historiker diesen Massenmord, man spricht von einigen Unregelmäßigkeiten.** Ich hatte mal das Vergnügen, vor ein paar Wochen mit dem drittletzten **MINISTERPRÄSIDENTEN YILMAZ**, der so in unserem Spektrum, sagen wir mal, ein rechter Sozialdemokrat ist, zu diskutieren, der hat auch in Deutschland studiert, konnte ganz gut Deutsch und da brachte ich auch die Sprache darauf und sagte, das kann doch nur sozusagen eine Verständigung zwischen Ihnen und uns geben, **wenn man so über so ein eklatantes Problem, ein staatlich geregelter Massenmord, auch mal offen sprechen kann. Im Augenblick bekommt man drei Jahre Gefängnis, wenn man es in der Türkei tut.** Da war er ganz abwehrend und sagte, es gibt einige Unregelmäßigkeiten. Da hab ich gesagt, schätzen Sie mal, ich hatte die genauen Zahlen aus der westlichen Literatur, meinte er so um die 30, mehr seien es nicht gewesen. Und das war in unserem Sinne, und so verstand er sich selber auch, ein sozusagen ganz westlicher Mann, der im Ausland studiert hatte und die Türkei wirklich sozusagen gerne in der Europäischen Union sah. Dann kommt fünf Jahre später der Massenmord an den Griechen, anderthalb Millionen. Eine schreckliche Vertreibungsgeschichte des Restes von Griechen, die, wenn man so will, seit den Zeiten Homers in Kleinasien gesiedelt hatten, also Jahrtausende vor den Turkvölkern da waren. **Und dieselbe Blutspur läuft in meinen Augen weiter in den Kurdenmassakern. Mit 40.000 Toten, 400.000 Flüchtlingen, die in Zeltlagern immer noch leben, 4.000 zerstörten Dörfern, da hätte die Europäische Union sagen müssen, wenn ihr dieses Minderheitenproblem nicht löst, können wir nicht ernsthaft Beitrittsverhandlungen in Angriff nehmen.** Nun ist natürlich der Gegeneinwand klar und kommt auch sofort, ihr sitzt im Glashaus mit dem Holocaust. Das ist ja sozusagen für meine Generation der schlimme Zivilisationsbruch, aber wenn die Bundesrepublik sich auf die Seite der Auschwitz-Leugner gestellt hätte, dieser winzigen Minderheit, die das noch immer nicht glaubt, dann wäre sie in den 50er, 60er Jahren, als Europa sozusagen wieder auftauchte aus dem Krieg und sich verband in der Gemeinschaft und so, nicht mit der Feuerzange angefasst worden. Das hätte

Deutschland und die Deutschen auf lange Zeit aus der Gemeinschaft der westlichen Völker ausgeschlossen. Insofern ist das eher ein Argument dafür, daß sich da Offenheit lohnen würde für die Türkei, wenn sie diese großen Staatsverbrechen, das sind ja nicht sozusagen Pogromausbrüche nur vor Ort, wenn sie sich denen endlich stellen würde.

Ich sehe auch nicht, woher die westlichen Politiker ihre Arroganz nehmen, sie könnten nun, nachdem die Türkei in den 80 Jahren seit der Republikgründung, sozusagen nur millimeterweise an Europa herangerückt ist, das so schnell im Gehäuse der europäischen Union schaffen, denn man muss sich klar machen, **die Türkei erlebt eine rasante Islamisierungswelle, finanziert von den Saudis mit Milliarden, mit mehreren Hundert nicht lizenzierten Fernseh- und Radiosendern eine Unzahl von Publikationen, und der Ausdruck dieser Islamisierungswelle war die Wohlfahrtspartei unter Erbakan in der Mitte der 90er Jahre, der dann der erste islamistische Ministerpräsident wurde, ehe er vom Militär abgesetzt wurde, und ist dann die derzeitige Gerechtigkeitspartei, die AKP unter Erdogan, der sozusagen die alte Erbakan-Partei aufgeschluckt und noch erweitert hat und ich verstehe nicht gut, warum Politiker, die immer die Vielfalt des politischen Lebens und die konkurrierenden Interessen betont haben, jetzt auf einmal eine quasi Parteienherrschaft in der Türkei, was anderes ist das ja nicht, für so besonders attraktiv halten.**

Es ist mein vorletztes Argument,

daß ein Beitritt das **Demokratiedefizit der Europäischen Union rasant verschärfen** würde. Sie kennen dieses Demokratiedefizit, die Kommission in Brüssel, die gerade wieder sehr umstritten ist, wird ja nicht gewählt, sondern im Grunde von den Regierungschefs lanciert, das Parlament scheut bisher immer noch den Grundsatzkonflikt und das geht nun mal nicht ohne bitteren Streit, immer in der parlamentarischen Geschichte.

Ich hatte den Eindruck, als diese korrupte Santer-Kommission gekippt wurde, daß da die Parlamentarier sozusagen den Hebel in die Hand nehmen wollten, um ihren Einfluss zu steigern. Jetzt geht es wieder nur um diesen italienischen Kommissarvorschlag. Solange also das Parlament nur so eine Art Reklamationsmaschine ist, haben die Bürger der europäischen Staaten zu Recht den Eindruck, daß das politische Leben der Union, sagen wir mal, defizitär ist. Und ich glaube, daß das deshalb sofort verschärft würde, weil der

Befund der Meinungsumfragen ganz eindeutig ist. Ich bin nicht der Meinung, daß die Politik sich immer strikt nach Meinungsumfragen richten sollte, aber die Allensbacher Umfragen Jahr für Jahr haben gerade in den letzten Apriltagen ergeben, **66 Prozent der Deutschen sind strikt gegen einen Beitritt, nur 12 Prozent sind dafür, und nur 23 Prozent sind der Meinung, daß man mit gewissem Vorbehalt die Türkei als europäischen Staat akzeptieren könne.**

Nun ist eben die Frage, wenn man sich sozusagen nicht an solchen Werten orientiert, **wie lange Politiker sich über Grundeinstellung des eigentlichen Souveräns, und das ist nun mal in der Demokratie das Wählervolk, hinwegsetzen kann** und es wird eine sehr spannende Entwicklung geben, wenn der Nachfolger von Chirac, der ja vermutlich Sarkozy ist und gerade die Regierungspartei auf den Anti-Türkei-Kurs gebracht hat, 68 Prozent in Frankreich dagegen inzwischen, wenn der das Referendum durchsetzt, wie stark der Sog wird im Hinblick auf die Berliner Politik. Also ich bin, das ist in meiner Generation ganz klar, ein Anhänger der repräsentativen Demokratie, aber es gibt Grundsatzentscheidungen, wie sozusagen die Sprengung des bisherigen Europa durch den Türkei-Beitritt, das halte ich es für legitim, ein Referendum zu veranstalten. Das sagen die Grünen und allmählich die SPD auch, es soll kommen, aber bitte nicht beim Türkei-Beitritt. Das soll sozusagen die Ausnahme sein, wenn das aufgenommen wird und das ist die Furcht, daß aus unterschiedlichen Gründen eben die Mehrheit diese sozusagen Zerstörung Europas doch nicht will.

Das letzte Argument

hängt damit zusammen, also auch mit dem Demokratiedefizit, **daß die Türkei ja von einen Tag auf den anderen der größte Mitgliedsstaat der EU sein würde, sagen wir mal, wenn sie 2012/14 aufgenommen würde. Sie hat dann mindestens 90 Millionen Einwohner. Die Bundesrepublik ist bis dahin deutlich unter 80 abgesunken.** Sie bekommt sofort die größte Fraktion im Straßburger Parlament und der Einwand, ja die teilen sich dann auf die beiden großen Blöcke, Christdemokraten und Sozialdemokraten, der verfängt nicht, weil eine Religionspartei ihre Fraktion nicht aufteilen kann nach christdemokratisch und nach sozialdemokratisch. Also ist das ein Block, mit dem bei jedem Kuhhandel sozusagen eigens gerechnet werden muss und dann ist ganz klar, große Staaten, das sieht man ja an der deutschen und französischen

Europapolitik, die beanspruchen immer sozusagen eine gewisse Sonderrolle oder Führungsrolle, und man kann die sich auch in finanzieller Hinsicht, würde die Türkei darauf bestehen, und man kann sich sehr gut vorstellen, daß die Türkei zunächst einmal beanspruchen würde die Definition der Nahostpolitik für Europa, und die würde unsereins eben lieber in Berlin, London und Paris definiert sehen als in Ankara.

Das heißt, im Ergebnis wächst, das wäre meine Prognose, auch die Europa-skepsis, weil diese sozusagen Entscheidungen weit weg von den Wünschen der Bürger das europäische Projekt in Frage stellen. Es wird auch krass verletzt etwas, was man ja doch verteidigen muss, das ist der mündige Bürger, der in Diskussionen einbezogen werden soll und der auch seine Entscheidung klar artikulieren kann. Es passiert ja oft bei solchen Diskussionen vor einem großen öffentlichen Forum, daß es sozusagen als politisch unzüchtig gilt, wenn man der Meinung ist, ein solches Problem müsste vom Wählervolk entschieden diskutiert werden und nicht nur von wenigen entschieden werden.

Es wird auch außerdem die Generationengerechtigkeit verletzt, denn wenn es zum Beitritt der Türkei kommt, dann ist Rot-Grün so weit weg wie die jüngere Steinzeit. Und dann haben die sozusagen Entscheidungsmacher gar nicht mehr die Konsequenzen zu tragen, sehr wohl aber die Generation unserer Kinder und Enkel. Also es gibt dann zwei, will ich gerade mal erwähnen, so etwas fischige Argumente, die man in Berlin häufiger hört. Das eine lautet so: Inzwischen sind 600.000 neue Staatsbürger türkischer Herkunft Wähler. Umfragen von Emnid und Infratest ergeben, 80 Prozent wollen Rot-Grün wählen, beim letzten Mal war der Unterschied Schröder > Stoiber 6.000 Stimmen. Wie können wir auf 480.000 Stimmen verzichten, wenn es 2006 ohnehin zu dem großen Gemetzel kommt? Das ist parteipolitisch legitim, daß sozusagen Parteifunktionäre so kalkulieren, es ist aber der Dimension des Problems nicht angemessen, sozusagen Europa hops gehen zu lassen und eine große Freihandelszone an die Stelle zu setzen.

Und das zweite Argument, was man auch immer wieder hört auf diesen so genannten Korridoren der Macht, das läuft darauf hinaus, der Beitritt muss einstimmig beschlossen werden und kann man sich denn vorstellen, daß Ungarn, Rumänien und Bulgarien, also Länder, die Jahrhunderte lang von der Türkei besetzt und ausgebeutet worden sind, daß die jetzt bereit sind, den Ressourcenzufluss der EU zu teilen mit der Türkei, unmittelbar nachdem sie

aufgenommen worden sind. Das ist auch so ein etwas fischiges Argument, weil die Konsequenz ist, so lange kann man sich sozusagen türkeifreundlich gebärden und die entsprechenden Wirtschaftsverträge unter Dach und Fach holen. Ich glaube, daß ein großes Dilemma, was ganz scharf jetzt zu Tage tritt, ist, daß die Europäische Union immer nur diese dürre Alternative hatte zwischen privilegierter Vollmitgliedschaft und stigmatisierter Außenseiterrolle, man kam nicht in den freien Club rein. Das ist unheilvoll, wenn die Politik nicht ein Dutzend elastische Möglichkeiten hat, zu variieren. Also ich denke mir, daß Bismarck seinen Räten in einer vergleichbaren Situation gesagt hätte, ehe wir verhandeln, entwickeln Sie mir mal ein Dutzend oder zwei Dutzend Zwischenstufen. Eine Zwischenstufe, die nicht von **FRAU MERKEL** stammt oder von **HEINRICH AUGUST WINKLER** oder mir, wir haben das auch vertreten, die der privilegierten Partnerschaft kommt aus der europäischen hohen Behörde in Brüssel. Da sah man nämlich, daß sozusagen jetzt ein Zusammenprall nach dem anderen kam, wenn man nicht Zwischenformen einer freundlichen Kooperation hatte ohne die Vollmitgliedschaft. Aber die europäische Politik kann sich nicht dahin bewegen und infolgedessen läuft das dann immer, das wird dann auch mit der Ukraine und Marokko und anderen Beitrittswilligen so sein, immer nur auf die Grundsatzfrage, komme ich als Vollmitglied herein oder werde ich rausgehalten, wie Erdogan oft sagt, von einem Christenclub.

Nun finde ich, müsste ein europäischer Politiker da auch vor dem Mikrofon sofort widersprechen und sagen: Verzeihen Sie, von 450 Millionen sind 438 Millionen Christen, vielleicht sehr viele Säkularisierte, aber das ist nun mal ein christlicher Kulturkreis, und ich rede ja auch bei Ihnen nicht vom islamistischen Klüngel. Also hören Sie auf, vom Christenclub zu sprechen.

Das Problem ist im Augenblick, ja ich habe natürlich sozusagen die Hassliebe meiner Generation mit Bismarck auch verinnerlicht. ***Bismarck sagte einmal im Hinblick auf die orientalische Frage, es steht großen Staaten nicht an, anders als nach Maßgabe ihrer Interessen zu handeln. Nun kann man das Interesse an Demokratisierung eines islamischen Staates, das kann man alles anerkennen, aber es gibt eine solche Vielzahl von vitalen europäischen und auch deutschen Interessen, daß die derzeitige Beitrittspolitik in meinen Augen diese Interessen verrät. Das ist der Schluss, den ich aus der ganzen Debatte ziehe.***

Vielen Dank!

Professor Dr. Otto Wulff



Verehrter Herr Kollege Wehler,

Sie hören am Beifall, auf welch' positives Echo Ihr Vortrag gestoßen ist. Im Namen der Senioren Union möchte ich Ihnen ganz besonders dafür danken, daß Sie ein Thema, dessen emotionale Wirkung auf große Teile der Bevölkerung nicht unerheblich ist, mit aner kennenswerter Nüchternheit und Unvoreingenommenheit behandelt haben. Damit haben Sie zur Versachlichung der Diskussion, nicht nur in der Politik, beigetragen.

Europa definiert sich nicht allein durch seine Geschichte und Kultur, sondern ebenso durch ökonomische und geographische Koordinaten, deren Eckpunkte trotz einer historisch bedingten außereuropäischen Erdteilzuordnung auch im früheren Milet, Ephesus, Pergamon und Troja auszumachen sind. Der europäische Geist wehte, um mit Homer zu sprechen, unter den Segeln Odysseus' über die Zentren des heutigen Europas hinaus in Gefilde, die geographisch unserem Kontinent nicht angehören. Und doch kann sich Europa in einer unverwechselbaren und verständlichen Weise definieren, nämlich durch die in seiner mehr als 2.500 Jahre alten Geschichte gemachten Erfahrungen und aus ihr gezogenen Lektionen, die in der westlichen Demokratie- und Werteordnung ihre Bedeutung erlangt haben. Unsere von der Aufklärung wesentlich bestimmten Verfassungsrechte sind untrennbar mit der Würde des Menschen und dem Erhalt einer freiheitlichen Gesellschaft verbunden. In dieser Werteordnung verkörpert sich die Europäische Union. Ihre Aufweichung oder gar Änderung würde zum Verlust ihrer kulturellen Identität und ihrem zivilisatorischem Verfall führen.

Wenn wir uns heute über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union Gedanken machen, so möchte ich vorweg eindeutig klarstellen, daß die große Mehrheit der Türken ein gutes und freundschaftliches Verhältnis mit der

Europäischen Union sucht. Das müssen wir anerkennen und uns über das Europa entgegengebrachte Vertrauen freuen. Ich verstehe auch den Wunsch der Türkei, Mitglied der Union zu werden. **Die Frage muss aber erlaubt sein, ob eine solche Mitgliedschaft auf längere Sicht sowohl für die Türkei selbst als auch für die Europäische Union von Nutzen ist und ob nicht eine bessere Lösung unabhängig von einer Mitgliedschaft für beide Seiten auf die Dauer vorteilhafter ist, die den verfassungsrechtlichen Vorgaben der Gemeinschaft eher entgegenkommt und sie vor einer Zerreißprobe bewahrt.**

Wir wissen um die überaus schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die sich in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auftun werden. Aber gehen wir einmal davon aus, daß sie im gegenseitigen Einvernehmen gelöst werden könnten und unterstellen, daß dies möglich ist. Doch wären damit die entscheidenden Probleme gelöst? Ich glaube das nicht! Und warum? Dazu ein Beispiel: Vor mehr als 20 Jahren war ich an der Herausgabe einer Broschüre beteiligt, die dem in der islamischen Welt und nicht nur dort bekannten Dichter, Philosophen und Politiker **MOHAMMED IQBAL** galt. Dieser hochgeschätzte und liberal geltende Muslim, der nach einem Studium in Cambridge, Heidelberg und München europäisches Geistesleben und europäische Kultur nicht nur oberflächlich kennenlernte, hat bis heute im gesamten Orient und in der muslimisch beeinflussten Welt die Denkweise islamischer Gelehrter beeinflusst und bestimmt. In Pakistan gilt er als der geistige Vater der Islamischen Republik Pakistan. In seiner berühmten „Pakistanrede“ vor der „**All India Muslim League**“ im Jahre 1930 stellte er die bis heute von islamischen Rechtsgelehrten und Geistlichen immer wieder in den Mittelpunkt einer geistigen Auseinandersetzung mit dem Westen gestellte Frage: **„Ist es möglich, den Islam als ethnisches Ideal beizubehalten und ihn als Regierungsform zugunsten nationaler Herrschaftsformen, in denen die religiöse Haltung keinerlei Rolle spielen darf, aufzugeben?“** Die Antwort, die Iqbal darauf gegeben hat, war ein eindeutiges **„Nein“**. Er sieht den Islam als ein ethisches Ideal plus einer gewissen Art von Regierungsform. **Iqbal stellt eindeutig klar, daß der Islam im Unterschied zum Christentum im Prinzip keine Trennung von Religion und Staat kennt, vielmehr seien im Islam beide „organisch miteinander verbunden“, denn „das religiöse Ideal des Islam sei organisch mit der sozialen Ordnung verbunden, die er geschaffen hat.** Die Ablehnung des einen müsse am Ende auch zur Ablehnung des anderen führen“. Iqbal konstatierte: „Deshalb ist die Herr-

schaftsform auf nationaler Ebene – falls sie eine Abschaffung des islamischen Prinzips der Solidarität bedeutet – für den Muslim einfach undenkbar."

Für die Europäische Union stellt sich bei den Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der Europäischen Union neben den bekannten wirtschafts- und sozialpolitischen Themen die entscheidende Gretchenfrage: Kann eine europäische Verfassung Bestand und Verbindlichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger erlangen, wenn Muslime die strikte Trennung von Staat und Religion nicht akzeptieren können, mit anderen Worten: Wird beispielsweise die Gleichberechtigung von Mann und Frau bestritten oder die Sharia einer demokratisch verfassten Prozessordnung vorgezogen. Wäre dies der Fall, so würde die unserer demokratischen Ordnung zugrunde liegende Toleranz durch Intoleranz verletzt. Die europäische Gesellschaft hat eine pluralistische Orientierung, und Pluralismus bedeutet nun einmal die Vielfalt nur unter der Voraussetzung der Akzeptanz der Meinung des anderen bei allgemein verbindlichen Grundregeln. Darüber muss in den Beitrittsverhandlungen vor allem gesprochen werden, und zwar ohne Angst und Schönfärberei und mit mehr Sachlichkeit. Europa ist mehr, weit mehr als Ökonomie!

Die größten Fehler in der Politik mit unabsehbaren negativen Folgen sind stets von jenen gemacht worden, die die Realität falsch einschätzen. Daß Sie, verehrter Herr Kollege Wehler, die Realität präzise beschrieben und dabei eine von Emotionen freie Debatte angemahnt haben, dafür möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Kollege Wehler, im Namen der Senioren Union nochmals herzlich danken.

